



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter
und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit.

Die Tätigkeit der Gewerkschaften ist heute jedem Arbeiter bekannt. Durch jahrzehntelange fortgesetzte Werbe- und Aufklärungsarbeit hat sich die Gewerkschaftsbewegung überallhin ausgebreitet und selbst in den kleinsten Orten Eingang gefunden, wo gewerbliche oder industrielle Arbeiter vorhanden sind. Mit dem Entstehen des Kapitalismus eng verbunden, hat dessen Entwicklung wesentlich zu dieser Ausbreitung beigetragen. Sie führte die Arbeiter in den Industriezentren sowie in immer mächtiger wachsenden industriellen Betrieben zusammen und zwang sie zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß als dem einzigen Mittel, der kapitalistischen Ausbeutung erfolgreich Widerstand entgegenzusetzen sowie ihre soziale Lage zu verbessern. So ist die Gewerkschaftsbewegung zu einer Macht geworden, die auf die Gestaltung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse einen Einfluß ausübt, den weder der Staat noch das Unternehmertum unbeachtet lassen darf.

Dieser Einfluß entspricht jedoch bei weitem noch nicht dem, was vorhanden sein müßte, wenn alle Arbeiter die Bedeutung der Gewerkschaften für ihre soziale Lage sowie für die weitere Entwicklung unserer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse erkannt hätten. Das geht schon aus der Tatsache hervor, daß in allen Berufen Tausende von Arbeitern vorhanden sind, die in ihrer Gesamtheit nach Millionen zählen, von der Gewerkschaftsbewegung aber noch nicht oder nur vorübergehend erfaßt wurden. An Versuchen, durch ausgiebige Agitation, mündliche und schriftliche Aufklärung an die Arbeiter heranzukommen, ihnen die Ziele und Aufgaben der gewerkschaftlichen Aufgaben sowie die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Tätigkeit klar zu machen, hat es nicht gefehlt.

Erfolglos war diese Tätigkeit nicht, wie das Wachstum der gewerkschaftlichen Mitgliederzahl beweist. Andererseits muß aber auch zugestanden werden, daß der Erfolg nicht so groß war, wie viele erwarteten. Vorübergehend wurden zwar zahlreiche Arbeiter für die Gewerkschaften gewonnen und besonders nach dem Kriege schlossen sich ihnen Millionen neue Mitglieder an. Die Gewerkschaftsbewegung nahm einen bis dahin nie dagewesenen Aufschwung. Doch nur für kurze Zeit! Sehr bald spalteten diese Millionen wieder ab und zeigten der gewerkschaftlichen Tätigkeit gegenüber eine Teilnahmslosigkeit, die kaum noch überboten werden kann.

Selbstverständlich müssen für dieses Verhalten Gründe vorliegen und man hat in ausgiebiger Weise nach ihnen geforscht. Der Erfolg kann jedoch wenig befriedigend, so viele Gründe auch gefunden wurden, denn letzten Endes laufen doch alle darauf hinaus, daß die ganze bisher geleistete gewerkschaftliche Agitations- Erziehungs- und Aufklärungsarbeit nicht genügt, um die für die Gewerkschaftsbewegung neu gewonnenen Arbeitermassen mit dem notwendigen gewerkschaftlichen Geiste zu erfüllen. Was so schien, war nur ein leichter Anflug davon, der schnell verloren ging. Die Ueberzeugung, daß sie gewerkschaftlich organisiert sein müssen, nicht um nur kleine Lohnvorteile zu gewinnen, sondern darüber hinaus dauernd eine höhere, geistige, wirtschaftliche und soziale Stufe zu erklimmen, die wirtschaftlich und soziale Gleichberechtigung gegenüber den anderen Gesellschaftsklassen zu erlangen, war ihnen nicht beigebracht worden.

Die Gewinnung dieser Ueberzeugung setzt die Kenntnis der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge voraus, erfordert, daß die Arbeiter die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vorgänge in ihrer Bedeutung für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung verstehen, die aus ihr hervorzuschauenden Fragen klar und nichtig beurteilen und dazu Stellung nehmen können. Sind sie dazu imstande, so bleiben sie vor Enttäuschungen bewahrt und sie werden sich — mag kommen was will — in ihrer gewerkschaftlichen Einstellung durch nichts irren lassen. Wie sieht es jedoch bei der Arbeiterschaft in dieser Richtung aus? Gewiß verfügt die Gewerkschaftsbewegung bereits über eine stattliche Zahl erprobter

Für den 1. Mai 1926.

Kollegen und Kolleginnen!

Immer noch leiden die Völker Europas unter den Folgen des Weltkrieges. Was jedoch ernstest ist: immer noch gibt es Regierungen, die aus Nationalismus entweder den Frieden durch Unterdrückung der Minderheiten im eigenen Lande gefährden oder die im Werden begriffene internationale Völkergemeinschaft aus nationalem Egoismus oder nationalem Eigendünkel in Gefahr bringen.

Diese Auswüchse, die unausgesetzt den Weltfrieden, den wirtschaftlichen Wiederaufbau, die ökonomische Sicherheit der Arbeiter und die Entwicklung der Arbeiterbewegung bedrohen, muß die Arbeiterschaft mit der ganzen Kraft ihres Willens bekämpfen.

Mit jedem Tag wird es deutlicher, daß die kapitalistische Wirtschaft unfähig ist, die Produktion im Interesse der Gesamtheit zu organisieren. Sie kann sich nur noch aufrechterhalten durch hohe Einfuhrzölle und Abperrung oder — dank der Willfährigkeit der kapitalistischen Regierungen — durch Subventionen aus Staatsmitteln.

Jeder Tag bringt neue Meldungen über Reibungen zwischen den Nationen innerhalb eines Staates oder über Gegensätze zwischen den Regierungen.

An jedem Tag zeigt es sich aufs neue, daß nur eine geeinte, kräftige Arbeiterbewegung dem Zusammenbruch Einhalt gebieten und der zusammenstinkenden Welt Rettung bringen kann.

Darum müssen die Arbeitermassen eindringlicher als je an diesem 1. Mai ihre Macht und ihren Willen bezeugen!

Darum muß die gesamte Arbeiterklasse, das ganze Heer der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen am 1. Mai demonstrieren

**für den Achtfundentag!
für das Mitbestimmungsrecht in der Industrie!
für einen dauernden Weltfrieden!**

Soll die Reaktion verdrängt und die Bereitung neuer Grundlagen für den Aufbau einer besseren Welt möglich werden, so muß jeder gerüstet, jeder zum Angriff bereit sein! Angesichts der Ereignisse und Veränderungen der letzten Jahre muß sich die Arbeiterklasse mehr als je ihrer historischen Mission der Befreiung der Arbeiterklasse vom kapitalistischen Joch bewußt sein.

Auf zum 1. Maitag!

Auf zur Demonstration in allen Städten und Ländern!

Möge dieser Mai ein mächtiges Zeugnis sein für den entschlossenen Willen der Arbeiterklasse aller Länder

**die Anechenschaft abzumwerfen,
die Reaktion zu stürzen,
das kapitalistische Joch zu brechen.**

Es lebe die organisierte Arbeiterklasse der Welt!

Internationaler Gewerkschaftsbund.

Auf zur Maifeier!

Arbeiter, Angestellte!

Der wirtschaftliche Druck lastet in diesem Jahre schwerer denn je auf den gesamten Arbeitnehmern. Die Arbeitslosigkeit breiter Schichten führt als Begleiterscheinung allgemein die Unsicherheit der Existenz mit sich. Der 1. Mai fällt in diesem Jahre in eine außerordentlich trübe Zeit. Aus diesem Grunde muß der Ruf:

„Demonstriert am 1. Mai!“

auf fruchtbaren Boden fallen. In den Zeiten wirtschaftlichen Tiefstandes zeigt es sich besonders, daß die Unternehmer alle Mittel anwenden, um die Arbeitszeit zu verlängern, und die Unzulänglichkeit unserer Sozialpolitik tritt in diesen Zeiten mehr denn je in die Erscheinung.

Gesetzlicher Achtfundentag, Ausbau der Sozialpolitik,

das sind die Forderungen, für die wir am 1. Mai Jahr für Jahr unsere Stimmen erheben. Die überaus große Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Not und das

Elend zwingen uns dazu, diese Forderungen mit noch größerem Nachdruck als sonst zu stellen.

Für den Weltfrieden, gegen Militarismus und Krieg

haben wir in jedem Jahre unsere Kundgebung veranstaltet. Die Ereignisse der jüngsten Zeit haben uns gezeigt, daß die Gefahren auf diesem Gebiet noch immer vorhanden sind. Noch läßt die Verftändigung der Völker auf sich warten. Noch immer stehen sich die einzelnen Völker bis an die Zähne bewaffnet gegenüber.

Demonstriert am 1. Mai für den Völkerverfrieden und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die beide endlich kommen müssen.

Die Art der örtlichen Demonstration kann von zentraler Stelle aus nicht vorgeschrieben werden. Die Ortsausschüsse des DGB, und die Ortskartelle des A-Z-Bundes müssen mit den Ortsverwaltungen der angeschlossenen Verbände nach der zweckmäßigsten und wichtigsten Form suchen. Ob die Arbeitsruhe möglich ist, muß dabei besonders eingehend geprüft werden.

Gewerkschaftsmitglieder!

Macht die Maifeier auch in diesem Jahre zu einer machtvollen Kundgebung für unsere Forderungen, für die an diesem Tage die Arbeiter und Angestellten der ganzen Welt eintreten. Tretet insbesondere auch ein für die Erhaltung der demokratischen Republik in unserem Vaterlande.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Kämpfer, die überall wo es gilt, ihren Mann stellen. Die Masse der Arbeiter dagegen steht noch auf einer sehr viel tieferen Stufe geistiger Entwicklung. Für sie ist die Gewerkschaftsbewegung nur eine Sache, die zwar in Zeiten günstiger Wirtschaftsjunktur dazu dient, günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen, in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs aber nicht beachtet zu werden braucht, weil sie nur Beiträge fordert, ohne wesentliche Vorteile zu bieten. Diese falsche aber weit verbreitete Auffassung ist im wesentlichen die Ursache der Fluktuation bei den Gewerkschaften; des Anschwellens der Mitgliederzahlen in günstigen, ihres Abflauens in ungünstigen Wirtschaftsjahren. Die Gewerkschaft ist für diese Mitglieder-treue nichts anderes als ein Lohnerhöhungsautomat,

in den man seinen Beitragszähler hereinsteckt, wenn er neu ausgefüllt ist, an dem man aber achlos vorbeigeht, wenn er leer zu sein scheint. Von der über die Lohn- und Arbeitsbedingungen weit hinausreichenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung der Gewerkschaften, ihren letzten Zielen, haben diese Arbeiter kaum eine blasse Ahnung, vermögen sie sich doch nicht einmal zu der Einsicht aufzuschwingen, wie unbedingt notwendig die Fortsetzung der gewerkschaftlichen Tätigkeit in Friedenszeiten, wie der gegenwärtigen, ist, um nur das Errungene festzuhalten. Das überlassen sie anderen!

Die für eine bessere Einsicht erforderliche Kenntnis der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge mangelt nicht nur den älteren, sondern in noch

viel höherem Grade den jüngeren Arbeitern. Nicht mit Unrecht wird darüber geklagt, daß es den Gewerkschaften an dem jugendlichen Nachwuchs fehlt. In den Kreisen der jüngeren Arbeiter so gar kein Interesse für die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der gegenwärtigen Zeit vorhanden ist. Der Sport und Vergnügungsdrang alles überwiegt. Was wir hier beobachten, sind zweifellos Folgen des Krieges die aber beiläufig werden müssen, wenn sie sich nicht nur für die allgemeine politische, sondern auch für die gewerkschaftliche Bewegung in verhängnisvoller Weise auswirken sollen. Der jugendlichen Arbeiterkraft soll und muß ihr Recht auf Lebensgenuss und Lebensfreude werden! Aber der Drang danach darf nicht in Oberflächlichkeit, Gleichgültigkeit und Nichtachtung gegenüber den Notwendigkeiten des Lebens ausarten, um schließlich alles zu verderben oder untergehen zu lassen was die Alten in einem Lebensalter und unter den schwersten Kämpfen mühsam aufgebaut haben. Dieser Gefahr kann nur mit den bisher angewendeten Mitteln der gewerkschaftlichen Aufklärung begegnet werden. Es gibt nichts anderes, und diese Mittel erfüllen, richtig angewendet, noch immer ihren Zweck. Auf die richtige Anwendung aber kommt es an! Dessen sollen sich vor allem die alten, in der Gewerkschaftsbewegung ergrauten und gefestigten Arbeiter gegenwärtig sein, deren Aufgabe es sein muß, in persönlichem Werben, besonders durch ihr eigenes Beispiel ihre jüngeren Klassenossen für die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen.

Politische, wirtschaftliche und soziale Einsicht sowie gewerkschaftliche Ueberzeugung werden nicht durch Phrasen hervorgerufen. Diese vermögen dafür empfängliche Gemüter unter gewissen Umständen wohl in einen Begeisterungsrausch zu versetzen, dem aber wie jedem Rausch über kurz oder lang die Ernüchterung folgt. Dann stellt sich unaussprechlich die Inhaltslosigkeit der Phrasen heraus und der Glaube, der Berge zu versetzen wäunte, ist verloren. Derartige Enttäuschungen, die sich für jede Klassenbewegung bitter rächen müssen bei der gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit vermieden werden. Je ruhiger und sachlicher sie betrieben wird, um so sicherer wird ihr Erfolg sein. Die gegenwärtige Zeit ist im allgemeinen der gewerkschaftlichen Werbearbeit nicht günstig. Die niederdrückenden Wirkungen der herrschenden Wirtschaftskrise stellen ihr starke Hemmnisse entgegen. Deshalb darf aber doch die Werbetätigkeit unter den der Gewerkschaftsbewegung noch fernstehenden Arbeitern nicht ruhen, und jeder einzelne organisierte Arbeiter muß es als seine Pflicht betrachten, hierbei mitzuwirken. Der persönliche Verkehr der Arbeiter miteinander schafft genügend Gelegenheiten, in diesem Sinne tätig zu sein. Das Interesse der Arbeiterschaft an der Weiterentwicklung und Stärkung der Gewerkschaftsbewegung erfordert, daß hiervon im weitesten Umfang Gebrauch gemacht wird.

Zustände!

Frühlingserwachen überall. Ein Spritzen und Schenken, wohin man blickt. Auch durch die Börsenkäufe der Frühling. Mit magischer Gewalt zieht dieser Frühling ein Börsenpapier nach dem andern aus der Niederung der Tiefkurse empor. Immer höher werden die Kurse von den Schiebern à la Hausse gepötscht. Dieser Tanz um das goldene Kalb hält nun schon Wochen hindurch an. Möchte die Arbeitslosigkeit höher und höher steigen — was ging dies der Effektenbörse an? Naive Gemüter mögen meinen, daß die Kursziffern an der Börse und die Ziffern der Arbeitslosigkeit in einem gewissen Zusammenhang stehen müssen, weil die Ertragsfähigkeit der Effekten doch schließlich von einer leidlichen Beschäftigung der Produktionswerkstätten abhängen. Der Kampf an der Börse bildet doch den innenfälligen Ausbruch des Kampfes um den Mehrwert der Arbeitkraft. Und wenn große Massen

nicht arbeiten können, würde doch kein Mehrwert zu erzielen sein. Doch so sehr man auch solche Betrachtungen anstellen möge, es ändert nichts an der Tatsache, daß die Kurse trotzdem steigen. In der Tat paradoxe Zustände!

An den Börsen wurde in den letzten Wochen Geld wie Heu verbrannt. Wer früh genug eingestiegen und jetzt aussteigt, ist ein reicher Mann. Er hat in kurzer Zeit ein Vermögen gewonnen, ohne auch nur eine Hand zu fruchtbringender Arbeit in Bewegung zu setzen. Einige Ziffern mögen dartun, wie sich die Kurse in letzter Zeit entwickelt haben. Von der Gesamtzahl der an der Berliner Börse amtlich notierten 889 Aktienwerte notieren in Prozent der Goldparität:

	Ende Dez. 1925	Ende Jan. 1926	Ende Febr. 1926	Ende März 1926
In Prozenten der Gesamtzahl der Aktienwerte	40,4	89,9	87,4	24,2
unter 50%	75,0	25,6	26,1	28,2
von 50 bis 75%	100,0	20,5	19,5	22,0
von 75 bis 100%	160,0	18,1	10,4	22,2
über 100%	1,1	1,9	1,6	5,4

Während also Ende Dezember noch 90,2 Prozent Aktien an der Berliner Börse unter pari gehandelt wurden, betrug diese Zahl Ende März nur noch 74,4 Prozent. Ende April hat sich diese Bewegung nach oben in stürmischem Tempo fortgesetzt. Es kann durchweg mit einer Kurssteigerung von 60 Prozent von Ende Dezember bis Anfang April gerechnet werden. Manche Papiere, wie Schiffahrtssaktien, elektrotechnische Industrie usw., haben ihre Kurse vervoppeln und verdreifachen können. Die Effektenbesitzer Ende Dezember vorigen Jahres sind mithin zu schwerreichen Leuten geworden. Der Anstoß zur Hausse ging von New York aus, wo sich Anfang dieses Jahres sogenannte Investment-Trufts zur Erwerbung deutscher Effekten gebildet hatten. Und seitdem hat sich die Bewegung nach oben in Deutschland fortgesetzt, trotz Krise und Arbeitslosigkeit.

„Es ergießt sich ohne Unterlaß ein Strom von Effekten in die Rundschau. Woher die Leute, die doch alle so laut klagen, das Geld haben, mögen die Götter wissen.“ So fragt der Börsenberichterstatter der „Bergwerkszeitung“. Auch wir fragen: Woher stammt das Geld zur Börsenspekulation? Es muß doch in Hülsen und Füllern vorhanden sein, sonst könnte es nicht in diesem Maße in die Spekulation fließen. Börsenhäufse — Erwerbslosigkeit! Paradoxe Zustände!

Ein Wort an die Alten!

In Nr. 112 der „Solidarität“ befaßt sich „Einer von den Älteren“ mit der Jugend. Wer den Artikel aufmerksam gelesen hat, wird bemerkt haben, daß der Verfasser denselben von allen möglichen Jugendgruppen spricht, nicht aber von einer freigewerkschaftlichen Jugend. Da sich die Auffassung in fast allen Gewerkschaftskreisen durchgerungen hat (nicht immer soll es so gewesen sein), die Heranziehung des Nachwuchses nicht irgendwelchen Gruppen zu überlassen, sondern in eigenen Jugendabteilungen durchzuführen, dürfte es nicht unwillig sein, im nachstehenden einmal das „Wort an die Jugend“ kritisch zu beleuchten und die Bestrebungen, wie wir sie verfolgen, dem entgegenzustellen.

Unsere allwöchentlichen Zusammenkünfte werden mit kleinen Ausnahmen meistens durch solche Referate ausgefüllt, die mithelfen, unsere Jugendlichen zu guten und tüchtigen Gewerkschaftlern zu erziehen. Sie erhalten Kenntnis von den Anfängen der Entwicklung und dem Wesen unserer heutigen Gewerkschaftsbewegung, ferner werden sie durch Uebungsabende in der Handhabung des Tarifs, der Verbandsstatuten usw. eingeführt. Ueberhaupt sind alle Vortragsthemen so gehalten, daß die jugendlichen Mitglieder geistig immer regsam bleiben. Im Naturbelohnen und Vegetarismus zu studieren bleibt unserer Gruppe keine Zeit, wenn der

einzelne dafür schwärmt, hindern wir ihn nicht. Daß auf unseren Veranstaltungen der Alkohol- und Nikotingenuss gemieden wird, betrachten wir als selbstverständlich, sind aber auch auf diesem Gebiete nicht phyllisterhaft eingestellt. Der Artikelschreiber erblidt als Hauptaufgabe einer Jugendgruppe das Wandern. Gewiß, auch wir wandern jeden Sonntag, „jüngling“ getrieben, hinaus ins Freie, denn wir haben die Erfahrung gemacht, daß die sonntäglichen Wanderungen, verbunden mit Spiel und Tanz, viel zum Zusammenhalt unserer Gruppe beitragen. Das Wandern betrachten wir jedoch nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck. Das Wandern unterbleibt bei allen gewerkschaftlichen oder politischen Veranstaltungen.

„Die Jugendgruppe, geschützt und gefördert von den Alten“, so schreibt der Verfasser des Artikels. Ob das den Tatsachen entspricht, wage ich zu bezweifeln. Unter der Kollegenchaft sind es recht, recht wenige, die diesem Geißel nachgehen. Nicht nur unsere Gewerkschaftsjugend, auch andere Jugendgruppen, ob politisch oder gewerkschaftlich, wissen davon ein Liedchen zu singen. Was den Verjammungsbesuch anbetrifft, kann ich dem Schreiber nur zum Teil recht geben. Und auch hier liegt viel Schuld bei den Alten. Wie erhaben behandelt man oft die Jugendlichen. Erlaubt sich aber erst mal einer in der Verjammung, seine Meinung kundzugeben, wird ihm über den Schnabel gefahren, entweder ist er noch viel zu jung oder er hat noch nicht die nötige Erfahrung u. dgl. m. Alles das wird ihm nicht immer mit den gerasteten Worten beigebracht und nicht selten von solchen Kollegen, die an Jahren wohl älter, als Gewerkschaftsmitglieder aber auch noch Abschlüssen sind. Durch allzu viele Redelust, nicht selten getragen von persönlichen Gefühlsregungen, wird den Jugendlichen übrigens der Verjammungsbesuch nicht immer etwa zur Bildungsstätte. Trophem darf unsere Jugendgruppe ohne Ueberhebung bestimmt von sich sagen, diejenigen Mitglieder aufzuweisen zu können, die am meisten die Verjammungen besuchen.

Was der Schreiber weiter sagt über Flugblätterverteilung, Abonnementensammeln für die Arbeiterpresse usw. sind wir der Meinung, daß sich die ältere Gewerkschaftsjugend dieser Pflicht nicht entziehen darf, den Jüngeren das aber nicht zugemutet werden sollte. Die Jüngeren können auch anderweitig praktische Erfolge erzielen. Sie bringen ihre ehemaligen Schulkameraden mit zu unseren Jugendabenden, dort werden sie aufgeklärt, ganz von selbst, denn sie fühlen sich wohl bei uns. Nur ein Beispiel: An unserem letzten Jugendabend, an dem der Artikel „Ein Wort an die Jugend“ verlesen und diskutiert wurde, konnten wir sechs Jugendliche ihren Gewerkschaften als Mitglieder zuführen. Das geschieht nicht selten. Der Verkehr untereinander bringt das eben mit sich. Denn auch im Betriebe und zu Hause wird über unsere Jugendbewegung gesprochen, nicht zuletzt von den schönen Wanderungen, die jeden Sonntag unternommen werden.

Hoffentlich tragen diese Zeilen mit dazu bei, das Verhältnis zwischen Jungen und Alten mehr zu festigen. Mit uns geht die neue Zeit viel mehr und besser darn, wenn wir auch das volle Vertrauen der Alten genießen.

Röln.

Einer von den Jüngeren.

Beiträge und Vertragsstrafen sind einlagbar.

Eine für alle am wirtschaftlichen oder politischen Verbandsleben interessierten Kreise recht bedeutende Entscheidung über den Inhalt des Koalitionsrechts wird in dem neuesten, jüngst erschienenen Bande der Sammlung der Reichsgerichtsentscheidungen (Band 111, Seite 199) veröffentlicht. Es handelt sich um die Frage, ob die Gewerkschaften, Beamtenverbände, Interessengemeinschaften u. dgl. in rechtlich wirksamer

Der Frauen Feiertunde.

Frau Jedermann räunte den Tisch ab, wuschte sorgfältig mit dem Tischlappen die Brotkrumen in die stinke, weisseßne Hand und sagte dabei zu ihrem Mann: „Du, die Frau Müller war heute bei mir.“

Sie zögerte; da aber ihr Mann nicht dergleichen tat, etwas gehört zu haben (er las gerade die „Arbeiterzeitung“), begann sie nach einmal von vorn:

„Du, Karl, die Frau Müller war heute bei mir!“

„Ehem!“ nickte Jedermann gleichgültig, ohne sich stören zu lassen.

„Sie ist schlecht daran, ihr Mann arbeitet nur die halbe Zeit, aus Mangel an Aufträgen in der Fabrik, und dann bekommt sie im Mal ihr sechstes Kind!“

„Ehem“, machte Jedermann von neuem, paffte den weißen Rauch der Zigarette aus dem rund zusammengezogenen Mund und schaute seine Frau an.

„Fast du etwas gefaselt?“

Und nun begann sie zum dritten Male die nämlichen Worte zu wiederholen: „... und da dachte ich, man könne ihr mit Arbeit aus helfen; sie hat eine Strickmaschine und ich mit melnen fünf Kindern (es lang auch an weniger schon!) komme mit den Strümpfen nie nach.“

Jedermann hatte joeben den kleinen Rest der Zigarette mit dem rechten Zeigefinger im Wschenscher gerührt, nahm eine andere hervor, zündete ein Streichholz an und antwortete zwischen den kräftigen Zügen beim Anbröckeln: „Na wirklich — paff — wir geben's ja — paff — nobel, wir! — paff. — Da lassen wir wirklich schon die Strümpfe stricken. Die Frauen — er früher waren so dumm und strickten alles selber! Zu dumm! Na, die heutigen Frauen sind tüchter, die wissen sich schon die Arbeit vom Leibe zu halten.“

„Aber Karl!“ rief vorwurfsvoll Frau Jedermann. „Du weißt doch, wieviel Arbeit ich immer habe, und die Kinder zerreißen so großlich viel Kleider und Strümpfe!“

Jedermann machte ein ironisches Gesicht. „Ja, ja, ich weiß — die Kinder von früher haben nie was zerissen, darum kamen die Mütter mit der Arbeit nach. — Nun also — da wird selbstverständlich nichts daraus. Dafür seid ihr ja Hausfrauen, um die Hausgeschäfte zu machen. Das wäre noch ein rentabler Haushalt, wenn man gar die Strümpfe stricken lassen wollte!“

Nun stellte sich aber Frau Jedermann in Positur: „Zum Rentieren spricht du? Da wollen wir gleich mal rechnen miteinander. Also — ich setze mich hin und beginne Strümpfe zu stricken für mich. Wenn ich im Tag acht Stunden angestrengt arbeite — du bist ja für den Nachmittagstag —, dann brauche ich doch immerhin zwei Tage, um ein Paar fertigzubringen. Macht zwei Tagesarbeiten. Wie hoch willst du meine Arbeitszeit und Leistung berechnen? — Gebe ich sie aus, damit sie mit der Maschine angefertigt werden, dann kostet mir das Paar 1 Mark, bis 1,20 Mark. Glaubst du, ich möchte um solchen Lohn zwei Tage arbeiten? Ich lese die „Arbeiterzeitung“ auch.“

Jedermann wird wild. „Seht nimm mich nur wunder, was du da zusammen gerechnet hast. Nur 1 Mark, bis 1,20 Mark sagst du! Es ist aber immerhin das — und wenn man Zeit genug hat wie du, ist es gefaselt, sie mit Stricken zu verbringen als mit Maschinen!“

Er versuchte zu trümpfeln mit seinem satomonischen Spruch. Nun war es aber an Frau Jedermann, ironisch zu werden.

„O ja, Karl, ich habe Zeit genug zum Stricken. Wenn ich vom frühen Morgen an bis nach dem Geschraubaachen am Abend fleißig und anhaltend gearbeitet habe, bleibt mir

ja nachts noch ein Restchen freie Zeit. Seht, wie ich ihr etwas sagen, Karl, paff auf! Dieses Restchen ist ganz mein Eigentum, das laßt ich mir nicht antauchen. Versteht du? Das ist die Zeit — sie ist noch sehr genug —, da ich mir selbst angehören darf. Ich will lesen, will einmal etwas Neues wissen und sehen, oder vorm Haus in der Abendhülle sitzen — ohne Strickzeug; ich will einmal meine Hände ganz ruhig halten und nur mit Ohren, Augen, mit dem Herzen und Hirn leben!“

Sie sagt das alles in so ruhig entschledenen Ton, so sicher, mit einem ganz klaren, offenen Blick. Wie zufällig begann sie, nachdem sie das letzte Wort gesprochen hatte, mit dem Wschenscher zu spielen — und plötzlich zog ein lustiges, ein klein bisschen spöttisches Lächeln über ihr Gesicht:

„Noch etwas, Karl! Ich habe dir noch niemals vorgezogen, was deine Zigaretten kosten — (er fuhr auf mit emporstem „Ho-ho!“), hab' keine Angst, ich tu's auch jetzt nicht, nur ganz oberflächlich will ich dir sagen, daß es langen möchte, unfer aller Strümpfe stricken zu lassen. — Ich begreife und gönne es dir ja so gerne, daß du nach deinem Tagewerk etwas haben müßt, das dir Genuß bietet; du hast deinen fleißigen langen Feiertag und rauchst Zigaretten. Ich rauche keine — folgerst du als logische Konsequenz, daß mir auch dein Feiertag gebührt?“

Sie lachte schelmlich, aber mit verstecktem Ernst. Jedermann lachte nicht, ihm war ganz schweiß. Er seufzte nur so halbwege: „Es ist doch gut, daß es keine Hausfrauenorganisationen gibt, sonst müßte's noch immer ärgert!“

„Ja, Mann“, parierte die Frau, „wenn alle Männer in allen Sachen so rätkindlich sind wie du in bezug aufs Strümpfstricken, dann dauere's wohl nicht mehr lange, und wir Hausfrauen beginnen, uns in Verbänden zusammenzuschließen. Und geben eine Zeitung heraus gegen die

Besse Mitgliederbeiträge oder Vertragsstrafen selbst und diese bei Leistungsverweigerung einlagern können.

Alle die genannten Vereinigungen sind sogenannte „Kampfororganisationen“ im Sinne des § 152 Absatz 1 der Reichsgewerbeordnung. Dieser bestimmt, daß Verabredungen und Vereinigungen von Gewerbetreibenden, gewerblichen Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeitern zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Entsendung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter erlaubt seien. Es war also hier für die Koalitionsfreiheit der gewerblich Tätigen und der Fabrikarbeiter statuiert. Dieser Bestimmung war indessen durch § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung ein Zufuß angefügt, der jedem Teilnehmer den Rücktritt von solchen Vereinigungen und Verabredungen freigestellte und eine Klage oder Einrede aus solchen Verabredungen ausschloß. Hiernach war es also den Kampfverbänden unmöglich, rückständige Beiträge von ihren Mitgliedern einzulagern oder von ihnen bei einem Verstoß gegen die Verabredung eine Vertragsstrafe beizutreiben.

Das Reichsgericht hatte nun die Frage zu entscheiden, ob diese Bestimmung noch in Kraft sei. Die Koalitionsfreiheit wird in weitestem Maße durch Artikel 159 der Reichsverfassung gewährleistet. „Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig“, sagt die Verfassung. Ist § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung eine solche Maßnahme, durch die die Koalitionsfreiheit eingeschränkt oder behindert wird, und ist daher seine Geltung durch Artikel 178 Absatz 2 der Reichsverfassung aufgehoben?

Man kann der Ansicht sein, daß der Begriff der Vereinigungsfreiheit oder Koalitionsfreiheit lediglich das Recht mehrerer Personen zum Zusammenschluß zur Erreichung der im Artikel 159 der Reichsverfassung genannten Zwecke darstellt. Dann wäre es dem einzelnen völlig freigestellt, ob er einer solchen Vereinigung beitreten und wann er aus ihr wieder austritt.

Demgegenüber steht indessen eine andere Ansicht — und diese macht das Reichsgericht sich zu eigen — wonach der Inhalt des Vereinigungsrechts sich nicht nur in dem Rechte des einzelnen erschöpft, sondern auch ein positives Recht der anderen auf Zusammenschluß darstellt, woraus sich weitergehend ein Recht auf wirksame Durchführung des Zusammenschlusses ergebe. Das Reichsgericht sagt darüber:

„Ihren Wesen und Zweck nach muß diese Vereinigungsfreiheit der zum Verband zusammengeschlossenen Teilnehmer die weitere Befugnis in sich begreifen, sie wirksam auszugestalten und zur rechtlichen Geltung zu bringen. Auch das fällt begrifflich in den Rahmen des Organisation als solcher gewährleistetsten Freiheitsrechts. Ihre Koalitionsfreiheit würde in Wahrheit ein *volkommen* und ein *Schattenbild* sein, wenn nicht auch das *Recht der Gesamtheit der Teilnehmer* geschützt wäre, die zur Durchführung des Koalitionsrechts erforderlichen Maßnahmen und Abmachungen zu treffen, zum Beispiel Vertragsstrafen gegen unbotmäßige Mitglieder festzusetzen und einzulagern.“

Was hier von der Einklagung von Vertragsstrafen gefagt wird, gilt natürlich in gleichem Maße von Beitragsforderungen. Wenn die Reichsverfassung auch das Recht und die Freiheit des einzelnen in weitestem Maße schützt und es vor unberechtigten Eingriffen der staatlichen Macht bewahren will, so ordnet sie doch niemals — und darin liegt ihr hoher ethischer

Wert — das Recht der Allgemeinheit dem des einzelnen unter (vgl. auch Artikel 158, 163 der Reichsverfassung). Wo es das Allgemeinwohl erfordert, muß das Wohl des Individuums zurücktreten; und so muß auch hier die Entschließungsstrafe des einzelnen sich Beschränkungen auferlegen lassen, damit die Vereinigungsfreiheit der Allgemeinheit sich wirksam entfalten kann.

Würde man die entgegengesetzte Auffassung haben, so ergäbe sich auch — worauf das Reichsgericht weiter kurz hinweist — der eigenartige Zustand, daß zwei Arten der Koalitionsfreiheit beständen. Die eine, die der gewerblichen Kampfororganisationen, unterließe der Regelung des § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung, während die andere, allein auf Artikel 159 der Reichsverfassung beruhend, dieser Bestimmung nicht unterworfen wäre. Dadurch wären aber zwei Klassen von Vereinigungsberechtigten geschaffen, und dies wäre, als dem Grundsatz von der Gleichberechtigung aller Staatsbürger widersprechend, verfassungswidrig.

Es ist also nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts durch Artikel 159 der Reichsverfassung der § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung als eine die Vereinigungsfreiheit einschränkende Maßnahme aufgehoben. Es steht demnach den Kampfororganisationen das Recht zu, Mitgliederbeiträge und Vertragsstrafen festzusetzen und diese im Klagewege gegenüber säumigen oder widerstrebenden Mitgliedern geltend zu machen.

Soziale Bewegung in Deutschland.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt war im vergangenen Monat noch immer sehr ungünstig. Die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen wies zwar im Februar keine große Steigerung auf; sie betrug am 1. März 1926 noch 2 057 000 gegenüber 2 081 000 am 1. Februar und ist während des März, ebenso wie die Zahl der Kurzarbeiter, leicht zurückgegangen. Letztere umfaßte Ende Februar 21,4 Prozent der Mitglieder der Fachverbände gegenüber 22,2 Prozent Ende Januar. Aber die sonst im Februar übliche saisonmäßige Zunahme der Beschäftigung war nur gering und wurde von den ungünstigen Auswirkungen der Wirtschaftskrise übertrifft. Besonders ungünstig gestaltete sich der Arbeitsmarkt für die Schuhmacher, deren Verband 40,3 Prozent Vollerwerbslose und 45,1 Prozent Kurzarbeiter zählte, ferner für die Tabakarbeiter, mit 30,8 Prozent Arbeitslosen und 42,8 Prozent Kurzarbeitern, für die Bettelungsarbeiter mit 31,8 Prozent Arbeitslosen und 41,9 Prozent Kurzarbeitern, für die Textilarbeiter mit 17,1 Prozent bzw. 50 Prozent, für die Buchbinder und Papierverarbeiter mit 14,5 Prozent bzw. 42,4 Prozent, für die Holzarbeiter mit 32,7 Prozent bzw. 24,4 Prozent, und für die Metallarbeiter mit 14,5 Prozent bzw. 42,4 Prozent. Verschlert hat sich außerdem die Lage in der Maschinen- und der Papierindustrie. Günstiger war die Beschäftigungslage unter den Fabrikarbeitern, den Buchdruckern, den Lebensmittel- und Getreidearbeitern und den Nahrungs- und Genussmittelarbeitern, ferner in der chemischen, der Automobil- und der Elektro-Industrie. Ein günstiges Zeichen ist auch die Abnahme der Kurzarbeiter in der Metallindustrie von 32,8 Prozent auf 30,8 Prozent der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes. Im Braunkohlenbergbau, im Verblehgewerbe und in der Bergindustrie nahm die Beschäftigung um etwas zu, ebenso im Baugewerbe, wo sich die Bauaktiviät jedoch bei weitem nicht in dem erwarteten Ausmaß belebte. Weitere umfangreiche Entlassungen erfolgten in der letzten Zeit noch im rheinisch-westfälischen Steinohlenbergbau und in der Süddeutschen Industrie. Auch in den Kruppischen Werken sind zahlreiche Arbeiter entlassen worden.

Angesichts dieser ungünstigen Arbeitsmarktlage beantragten die Spitzenverbände der Gewerkschaften beim Reichsarbeitsministerium eine sofortige Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge, welche vor allem eine Staffelung der Unterstützung nach Lohnklassen statt nach Ortsklassen und Wirtschaftszweigen, daneben eine Vereinfachung des Verfahrens, den Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung und die Durchführung des Rechts auf Unterstützungsbezug bringen soll. Bei dem unlängst abgeschlossenen Steuerkompromiß wurden der Sozialdemokratie von den übrigen Regierungs-

parteien gegen Zugeständnisse in bezug auf Steuernminderungen weitere Verbesserungen der Erwerbslosenfürsorge zugelassen: Die Dauer der Unterstützung Erwerbsloser soll um 13 Wochen verlängert werden, und auch die jetzt ausgesetzten sollen, falls die Dauer ihrer Erwerbslosigkeit noch innerhalb der neuen Grenze ist, wieder Unterstützung erhalten; die jetzige Höhe der Erwerbslosenunterstützung soll auch nach dem 1. Mai noch beibehalten werden.

Gleichzeitig wurde eine Verständigung über die Höhe der Mietzinserhöhung, dahingehend, daß bis 31. März 1927 die Friedensmiete grundsätzlich nicht überdritten werden darf. Dadurch wird eine rasche und starke Steigerung der Lebenshaltungskosten gehemmt, wenn auch die kurzzeit beschlossenen Mietpreiserhöhungen die Lebenshaltungskosten nicht unbedeutlich in die Höhe treiben werden. Zur Förderung des Wohnungsbaues wird das Reich jetzt zwischen Kredit in Höhe von insgesamt 200 Millionen Mark gewähren. Andererseits aber ist die Ablehnung der Hausungssteuer durch die deutschnational-kommunistische Opposition im Preussischen Landtag geeignet, die Bautätigkeit in Preußen zu hindern.

Die ungünstige Stellung der Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt ermutigte die Unternehmer auch in den letzten Wochen wieder, ihre Lohnkürzungsbestrebungen fortzusetzen. Zu diesem Behufe wurden abermals eine ganze Anzahl von Tarifverträgen gekündigt. In den daraufhin einsetzenden Verhandlungen konnten in einer Reihe von Industrien die Lohnkürzungsbestrebungen abgemildert und die bisherigen Tarife verlängert werden, so zum Beispiel in der Metallindustrie von Mecklenburg und von Hagen, in der rheinischen Braunkohlenindustrie, in der rheinisch-westfälischen Zementindustrie, im Reichstarifvertrag der Wäler, im Berliner Mühlengewerbe, für die Handels- und die Druckereiarbeiter, in der bayerischen Papierindustrie, für einige Bezirkegruppen der Zimmerer und in der chemischen Industrie des Rheinlandes (hier hatten die Gewerkschaften das Abkommen gekündigt). Beendet wurde auch durch Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruchs der Konflikt in der Kalkindustrie. Die Aussperrung der von Solinger Scherenindustrie wurde aufgehoben. Eine Lohnhöhung bis auf den Stand vom Herbst vorigen Jahres konnte in der Magener Ballastindustrie erzielt werden. Dagegen wird noch verhandelt über die Erneuerung gekündigter Lohnabkommen in der Metallindustrie Mitteldeutschlands, Banners und Schlesiens, in der Eisenindustrie und im Bergbau des Siegerlandes, in der Rheinischschiffahrt, in den rheinisch-westfälischen Brauereien, bei den bayerischen Konsumvereinen, im bayerischen Erzbergbau und in vielen Bezirkeverbänden der Bauarbeiter und der Zimmerer. Im Saargebiet haben die Berg- und Metallarbeiterorganisationen ihren Lohntarif gekündigt, um eine der Frankfurter entsprechende Lohnhöhung zu erreichen. Nachdem die Eisenbahngewerkschaften mit ihrer Klage gegen die Reichsbahn auf Erfüllung des für verbindlich erklärten Schiedspruchs abgewiesen worden waren, ist von der Berufungsinstanz noch keine Entscheidung gefällt worden. Die Aufrechterhaltung des ersten Urteils würde bedeuten, daß die jetzigen Schlichtungs- und Tarifverordnungen für einen großen Teil der deutschen Arbeitnehmer unwirksam gemacht würden. Die Spitzenorganisationen der Beamten richteten an den Reichstag eine Eingabe um Erhöhung der Zulage zum Grundgehalt, welche sich nötig macht, da die im Dezember gewährte einmalige Beihilfe nur als vorläufige Regelung bis 1. April 1926 gelten sollte, die für diesen Zeitpunkt angelegte Beförderungserneuerung jedoch verschoben worden ist. Der Reichstag billigt einen Gesetzentwurf, der — zum Zwecke der einheitlichen Beförderungserneuerung der öffentlichen Beamten — den Ländern und Gemeinden eine Besserstellung ihrer Beamten in bezug auf Wohnungsgeldzuschuß und Ortsteileneinteilung im Vergleich mit den Reichsbeamten unterlag — eine Bestimmung, die einer Gehaltserhöhung der Landes- und Gemeindebeamten weitere Schwierigkeiten in den Weg zu legen geeignet ist.

Wie bei den Lohnfragen, so bemühen sich die Arbeitnehmer auch bei den sozialpolitischen Fragen Verwickelungen für die Arbeitnehmer durchzuführen. Auf ihrer Generaltagung haben die deutschen Industriellen ein in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung gleich reaktionäres Programm aufgestellt: Abbau des Schlichtungswesens, der Löhne, der Sozialpolitik, Verlängerung der Arbeitszeit, Beseitigung der Unionspartei von Tarifverträgen, Einrichtung von Betriebsgemeinschaften, welche die Arbeiter in größere Abhängigkeit von den Arbeitgebern bringen würden. Diesen harten Angriffen stellten die gewerkschaftlichen Spitzenverbände ihre eigenen Forderungen gegenüber, deren

Skizzen der Chemänner, eingeschlossen diejenigen, welche die „Arbeiterzeitung“ lesen!
Damit war die Sache bei Seemanns erledigt, nicht aber bei jedermann. *Elise Bruggmann.*

Die Osterfahrt der graphischen Jugend.

Das Ziel unserer Jugendgruppe in Köln war in diesem Jahr bei prächtigem Osterwetter der Westerwald. Bisher ist etwas über dieses schöne Stückchen Erde selbst.

Der Westerwald soll nach einem alten Worte acht Winter- und vier kalte Monate haben — und doch scheint auf dem Westerwald die Sonne ebenso hell wie in anderen deutschen Gauen. Herrliche Buchenwälder, liebliche Täler mit saftigen Wiesen und bewaldeten Hängen geben dem Westerwald sein Gepräge. Schmale Streifen von Tannenzapfenzungen sind am Rande der Fluren angelegt, um diese vor Schnee und Kälte zu bewahren. Die Westerwälder selbst sind durch ihr freundliches Wesen und ihre Gastfreundschaft bestens bekannt. Beides lernten wir auf unserer Wanderung kennen und schätzen.

Bereits trafen sich am Samstag nachmittags um 4 Uhr am Kölner Hauptbahnhof zweiundzwanzig Jugendliche, um die Osterfahrt anzutreten. Da uns ein Sonderwagen zur Verfügung stand, gestaltete sich die Bohmfahrt ziemlich bequem. Zwei Stunden lang durchfuhren wir das schöne Siegel. Man sah so recht, wie weit es, begünstigt durch das herrliche Wetter der letzten Tage, in der Natur schon vorgeschritten war. Überall ein Reimen und Errieften. Viele Obstbäume schon in voller Blütenpracht. Die richtigen Bilder, um die Festimmung zu geben. Der kleine Ort Au war unser Bahnhof. Eine kurze Wanderung und wir hatten unser Quartier für die erste Nacht erreicht. Nach einem

kleinen Spaziergang durch die Umgebung ging es unter Begleitung von Gesinnungsgenossen der dortigen Gegend zurück zum Bahnhof, um die zweite Gruppe abzuholen. Der Zug lief pünktlich ein. „Frei Heil!“, so scholl es unseren jungen Kolleginnen und Kollegen freudig entgegen. Mit lautem Hallo begrüßte man unseren Bauleiter, Kollegen Seemann, der unerwarteterweise mitgegangen war. Eine beträchtliche Zahl war es, die sich nun aufstellte zum Marsch ins Quartier.

„Wenn die Arbeitszeit zu Ende,
Küßen nach der Burichen Art,
Samstags alle fleißigen Hände
Sich zur frohen Wanderschaft,
Singend zieht wir aus dem Städtchen,
Fied das Herz und leicht der Sinn,
Gins die Burichen, rechts die Mädchen,
Und ich selber mittendrin.“

So läßt es aus jungen Rehen durch das Dunkel der herangebrochenen Nacht. In der Ziegenherberge noch ein kleiner Schmaus, ein kurzes gemütliches Beisammensein, dann ging's zur Ruhe. Die Mädels in Betten, die Burichen ins Stroh.

Heller Sonnenschein weckte uns am frühen Morgen. Als erste verließ unsere Gruppe, es waren zweiunddreißig, nach einer erfrischenden Oberkörperwaschung im klaren Waldbach, das Quartier. Ein strammer Marsch brachte uns flott ins romantische Nifferstal, auch Gropbacher Schweiz genannt. Mit seinen vielen Krümmungen, steilen Hängen, hochaufragenden Laub- und Nadelwäldern und lauberen Orten ist es wohl eines der schönsten Täler des Westerwaldes. Eine wohlverdiente Rast, dann ging's weiter. Eine Durchquerung der Niffer war nicht zu vermeiden. Viele Lach-

salen ergebende Momente waren der Lohn für das ungewollte Bad, welches einige hierbei nahmen. Weiter ging's noch im schönen Tal entlang, und dann vereinigten wir uns an einem vereinbarten Treffpunkt am Waldesaum wieder mit der Arbeiter-Jugend, hatten wir doch gemeinsames Quartier festgelegt. Eine längere Pause, die einige dazu benutzten, vorzumarschieren und Abendessen und Quartier zu regeln. Pünktlich in Reich und Lied zog die Jugend singend ins Dorf ein. Nach einem fröhlichen Abendessen saßen wir noch einige Stunden zusammen. Unserelieder lachten sie, bis das letzte Lied im Dunkel der Nacht verklingen war und wir uns müde in die Scheune zur Ruhe begaben.

Am anderen Morgen eine fröhliche Kaffeepause, ein Abschiedslied für unsere freundlichen Gastgeber, und weiter ging es auf Kloster Mariental zu. Die herrlich im Tale gelegene Abtei, 1322 erbaut, von 1730 bis 1732 neu erbaut, wird von der Niffer in großem Bogen umflossen. Die über 600 Jahre alte gotische Kirche renovierte man vor mehreren Jahren. Nach kurzem Aufenthalt ging es zu einem Aussichtspunkt. Mit einem wunderbaren Ausblick überblickten wir nochmals die Abtei. Kollege Seemann machte uns in kurzen Zügen mit deren Geschichte bekannt.

Nach eine kurze Strecke über Berg und Tal nach Hachenburg und eine mehrstündige Rast im Tale der Niffer beschloß unsere herrliche Wanderung. Abends entführte uns der Zug schnell wieder nach Köln.

Wir haben unserer Jugend geglaubt, daß Sonntags ihr Platz in der Natur ist und nicht in der engen und dumpfen Großstadt. Unvergessen werden ihr die schönen Tage bleiben. Die Kollegialität und Solidarität hat sich auf unserer Osterfahrt wiederum erneut festigt und erhoben.

Willy Kernt, Köln.

wichtigste ist, die Kaufkraft der breiten Massen zu steigern einmal durch Lohnerhöhung, zum andern durch Preisabsabau, der durch den Abbau der Kartennachfrage erzielt werden soll. Für eine Wiedererweckung der Reichsarbeitgemeinschaft wurde gegenseitige Verständigung als Vorbedingung bezeichnet.

Sozialpolitische Forderungen wurden auch auf dem Verbandstag der Landarbeiter und auf dem außerordentlichen Bundestag der Bauarbeiter erhoben. Vor allem forderte man höhere Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit. Für die Sozialverbesserung wurde auf dem Verbandstag der Landarbeiter deren Gleichstellung mit den Industriearbeitern verlangt, vom Bauergewerksbund die baldige Schaffung einer Erwerbslosenversicherung, in welche die Bauarbeiter gleichberechtigt einbezogen sein sollten. Die Landarbeiter fordern außerdem auch ein Gesetz zur Regelung der Kinderarbeit in der Landwirtschaft — erst kürzlich hat eine diesbezügliche Untersuchung die Mißstände auf diesem Gebiet aufgedeckt —, Erweiterung des Schutzes jugendlicher Landarbeiter und schwächerer Frauen, völlige Abschaffung der Naturalentlohnung, Errichtung besserer Landarbeiterwohnungen. In bezug auf die Frage der Industrienormierung wurde auf dem Bundestag des Bauergewerksbundes eine Entschließung angenommen, welche eine energiegelbere Förderung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses zu Industrieeorganisationen wünscht.

Eistalter Egoismus.

Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist seelenlos geworden. Sie sieht an die Stelle aller moralischen und ethischen Empfindungen die nüchterne Zahl. Begriffe wie Solidarität und Menschenliebe werden ersetzt durch die eiskalte egoistische Berechnung. Kurzum der Mensch ist zum beherrschenden Gott geworden. Dafür ein Beispiel aus jüngster Zeit. In einem Artikel der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“, „Self-interest“ vom 9. April, der sich mit der Höhe der Erwerbslosenunterstützung und ihrer Einwirkung auf den Arbeitswillen befaßt, heißt es u. a.:

„Auch wer das kapitalistische System als heute jedenfalls unentbehrlich und aus den Gehegen der Wirtschaft heraus innerlich notwendig erkennt, wird, wenn er seinen gesunden Sinn bewahrt hat, und vor allem, wenn er wirklich wirtschaftlich denken gelernt hat, z. B. den Schleiertyp verachten und Schranken für den Eigennutz anerkennen. Er wird aber, und darauf kommt es an, den berechtigten Eigennutz nicht nur billigen, sondern in ihm sogar einen der wichtigsten wirtschaftlichen Impulse erblicken. Ohne diesen Eigennutz gibt es keinen Fortschritt, deshalb ist er klar und unummunden zu bejahen. Das ist das „self-interest“ der klassischen englischen Nationalökonomie.“

Wer denkt da nicht an die klassischen Worte, die Karl Marx im kommunistischen Manifest veröffentlicht hat: „Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntfarbigen Feudalbande unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose bare Zahlung. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der pießbürgerlichen Wehmüt in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in den Kaufpreis aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbreiterten und wohlverordneten Freiheiten die eine gewissenlose Handelsfreiheit ersetzt. Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverkämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt. Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheines entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.“ Das wurde vor 80 Jahren geschrieben. Wie die Figur zeigt, passen diese Sätze des kommunistischen Manifestes auf die moderne Zeit, wie die Faust auf Auges.

Doch daneben muß die Forderung des betreffenden Artikels in der D. B. Z. die Arbeitslosenunterstützungen herabzusetzen, entschieden abgelehnt werden. Die Ueberwindung der Wirtschaftskrise sieht der Artikelschreiber höchst einfach: „In dem Augenblick, wo die ökonomische Überlegenheit des Arbeiters ergibt, daß es für ihn nutzbringender ist zu arbeiten, da drängt er sich selbst zur Arbeitsstätte, da löst sich der Knoten von selbst. Erst dann ist die Wirtschaft in Ordnung.“ Also höchst einfach ist die Geschichte! Wir kennen die Weisheit und den Lezter und die Verfasser und loben es ab, ihnen auf dem Wege zu folgen.

Aus den Zahlstellen.

Hamburg. Jahresversammlung am 31. März. Das Andenken des verstorbenen Kollegen Kuddak wird in der üblichen Weise geehrt. In der Hand des gedruckt vorkommenden Geschäftsberichts berichtet der Kollege Wöhe über den im Vorjahre wieder abgeschlossenen Tarif, der in einzelnen Teilen Verbesserungen gebracht hat. Der Wegfall des Lohnunterschiedes zwischen Verheirateten und Ledigen, die Berechnung unserer Löhne nach Klassen, jetzt nur nach Klasse c, und die damit verbundene Erhöhung der Berechnung sind Vorteile, die wir schätzen müssen. Zu diesen kommen noch einige weitere Verbesserungen hinzu, und zwar die für Ueberstunden, Nacht- und Feiertagsbezahlung. Die am Anfang des Jahres bestehende gute Konjunktur und unsere rastlose emsige Tätigkeit in der Organisation hat es möglich gemacht, daß auch der Lohn im verstorbenen Jahre eine weitere gute Steigerung erfahren hat. Die Ein- und Durchführung der neuen tariflichen Bestimmungen ist ohne besondere Schwierigkeit möglich gewesen. Einige Prinzipale können sich allerdings immer noch nicht recht an das Tarifsystem mit uns gewöhnen; deswegen mußten wir gegenberechtigte Klagen führen. Die Klagen sind mit zwei Ausnahmen zu unseren Gunsten ausgefallen. Besonders handelt es sich bei diesen Klagen um Bezahlung, die nicht tariflich bezahlt bekommen. Verzicht wird von diesen Prinzipalen, die nicht tariflich bezahlen, immer wieder, Mädchen als Belegstücke einzustellen, die das Alter von 16 Jahren noch nicht erreicht haben. Hiergegen muß natürlich schärfster Protest eingelegt werden, was auch geschehen ist. Nichtungeschehen für das im ganzen graphischen Gewerbe beschäftigte Mißverhältnis sind nun einmal die Beschlüsse und Abkommen im Buchdruck, deswegen muß hier auch alle Kraft eingesetzt werden.

Am Steindruck konnten wir im alten Jahre wohl das alte Verhältnis im Lohne noch halten, doch wurden uns Schwierigkeiten bei der Lohnerhöhung im Mai gemacht. Die Prinzipal-Kommission wollte wohl die Erhöhung für die Kollegen anerkennen, doch für die Kolleginnen nicht mehr. Schließlich erklärte die Kommission, die Erhöhung für die Kolleginnen sollte für sich selbst stehen, doch weitere Zugeständnisse könnte sie uns nicht machen. Wir haben natürlich abgelehnt. Versammlungen, die die Kollegenschaft im Steindruck hatte, haben ebenfalls das sogenannte Entgegenkommen der Prinzipale abgelehnt. Inzwischen war der Termin zur Einführung der neuen Sätze herangekommen und die Prinzipale haben reflexlos die Erhöhung an die Kolleginnen bezahlt. Wir hatten also keine Ursache mehr, besondere Schritte zu unternehmen. Im Dezember haben wir uns wieder an die Prinzipale gewandt, um ein neues festes Verhältnis zu schaffen, sind aber zu einem Ergebnis bisher noch nicht gekommen. In welcher Weise gegen sie gearbeitet wird, zeigt auch eine Klage, die wir gegen die Firma Selig führen mußten, und die über das Gewerbegericht, Entscheidungsausschuss und Schlichter gehen mußte. Die Klage ist dann aber zu unseren Gunsten voll erledigt worden. Beim Streit in den Schriftgießereien waren wir mit 24 Kollegen und 62 Kolleginnen beteiligt.

Das Organisationsverhältnis ist auch im verstorbenen Jahre ein gutes gewesen, denn für Hamburg war ein weiterer Aufstieg von 250 und für den ganzen Gau ein solcher von 500 Mitgliedern zu verzeichnen. Der Arbeitsnachweis vermittelte 1157 Stellen und in 1680 Fällen funkenweise Beschäftigung in Zeitungsbetrieben. Die neu eingerichtete Jugendarbeitung läßt zwar noch an Beteiligung zu wünschen übrig, doch wird auch hier emsige Tätigkeit für zu einem guten Gebilde machen. Lohse erwähnte noch den Verbandstag, der in Hamburg stattfand, und weist dann auf die vielen Sitzungen, Verhandlungen usw. hin. Das Berichtsjahr war reich an Arbeit und auch zum Teil an Kampf, doch ist es das Leben, das wir wünschen, und das zum Wohle unserer Kollegenschaft geworden ist. Langsam steigen wir auf und voller Hoffnung sehen wir dem neuen Jahre, das mit Kampf begonnen hat, entgegen. Halten wir treu zusammen, dann ist der Sieg unser.

Der Kollege Kirchner gibt aus der Abrechnung besondere Aufklärung. Folgende Zahlen geben ein Bild von dem Verkehr der Kasse:

Für die Zentralkasse in Berlin betrugen die Einnahmen 52 696,20 M., die Ausgaben dagegen 28 779,31 M., so daß an die Hauptkasse noch 23 916,89 M. abgeführt werden konnten. — Die Einnahmen der Ortskassen betrugen 26 516,65 M., während die Ausgaben die Summe von 19 959,80 M. erreichten. Der Kassenbestand der Ortskassen betrug am 31. Dezember 1925 6556,85 M. — An Unterstützungen wurden gezahlt: Arbeitslosen 2613 M., Kranken 956,05 M., Streit 20 247 M., Gemahregelten 154,20 M., Extra (Weihnachts) 2085,55 M., Sterbezuschuß 310 M., zusammen 26 365,80 M. — Der Mitgliederbestand betrug am 31. Dezember 1925 528 männliche und 1244 weibliche, zusammen 1772 Mitglieder; davon waren im Buchdruck 463 männliche und 904 weibliche, im Steindruck 65 männliche und 340 weibliche Mitglieder beschäftigt. Beitragsfrei waren infolge Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Streit 432 männliche mit 2640 Wochen und 1275 weibliche Mitglieder mit 5040 Wochen.

Ueber die Jugendarbeitung entpennen sich eine lebhaftige Aussprache, die mit dem festen Willen aller Sprecher endete, dafür zu sorgen, daß die Abteilung gebeugt und zum Segen unserer jungen Kollegen werde. Dem Kassierer wird Entlastung erteilt. Zur Wahl des Vorstandes stellt der Kollege Binnau den Antrag, den Vorstand in seiner Gesamtheit wiederzuwählen. Die dem Antrag stehen die Kollegen Sommermeyer und Deja gegenüber und verlangen Abstimmung über jedes einzelne Mitglied des Vorstandes, dem die bürokratische Zusammenfassung des Vorstandes müßte auflösen. Ein entsprechender Antrag von Deja und Sommermeyer wird angenommen. Bei der nun folgenden einzelnen Abstimmung ergibt sich die Wiederwahl des „bureaucratischen“ Vorstandes. Gewählt wurden: Selge, 1. Vorsitzender; Lohse, 2. Vorsitzender; Kirchner, 1. Kassierer; Jenny Madro, 2. Kassierer; Jubb, 1. Schriftführer; Witte, 2. Schriftführer; Beißler; Dora Dieb, Irma Obermetz, Walter Damm, Georg Hellwege, Hans Barth. Der Kollege Selge weist mit einigen kräftigen Worten noch auf die Bedeutung des Besuchs der Versammlungen hin und wünscht ferner, daß die Mitglieder unter zu Dinstern stattfindendes 36. Stützungsfest bestimmt besuchen.

Stuttgart. In der am 16. März stattgefundenen Generalversammlung, die hätte besser besucht sein können, ehrte die Versammlung zuerst die im vergangenen Jahre verstorbenen Mitglieder unserer Zahlstelle. Darauf gab Kol. Werner einen gediegenen Bericht von den Verhandlungen vor dem Zentralschlichtungsausschuss.

Anschließend daran wurden gleich die Jahresberichte gegeben. Aus den Ausführungen des Vorsitzenden ernahmen wir, daß das vergangene Jahr wieder ein sehr arbeitsreiches gewesen ist. Im Buch-, Stein- und Blechdruckgewerbe gelang es uns, Lohnerhöhungen durchzusetzen. Im Schriftgießergewerbe gelang es erst nach einem monatelangen Streit, die Verschlechterungssachen der Unternehmer abzumehren. Neben den Lohnerhöhungen wurden dabei noch 135 Sitzungen und Versammlungen innerhalb Stuttgarts und im Gau abgehalten. Mit Ausnahme der letzten Versammlungen im Tarifkampf im Buchdruckgewerbe waren dieselben aber oft sehr schlecht besucht. Dies muß in Zukunft anders werden. Einmal im Monat sollte ein jedes Mitglied schon Zeit haben, in einer Versammlung zu erscheinen. Durch lehrreiche Vorträge soll versucht werden, die Kollegenschaft mehr fürs Versammlungsleben zu interessieren. Allen Funktionären gebührt aber auch unser Dank für ihre opferwillige Mitarbeit im vergangenen Jahre.

Hierauf erstattete Kollege Woserte den Kassierenbericht. Die Einnahmen der Hauptkasse betrugen 27 053,20 Mark — die Ausgaben 14 119,21 M., darunter an Arbeitslosen- und Krankentunterstützung 1064,50 M. und an Streitunterstützung 5940 M. An die Hauptkasse wurden 12 933,99 M. abgeführt. Die Lokalkasse steigerte ihren Bestand aber im vergangenen Jahre nur um 294,61 M. — So daß am Ende des Jahres der Kassenbestand 665,14 M. beträgt. — Diese Steigerung ist aber für eine Zahlstelle wie Stuttgart zu gering und kommt hauptsächlich daher, daß wir im vergangenen Jahre an unsere streitende Kollegenschaft im

Schriftgießergewerbe neben der Verbandsunterstützung noch einen Zuschuß aus der Lokalkasse gegeben haben. Um nun für zukünftige Kämpfe gerüstet zu sein, stellt Kollege Woserte im Auftrag der Ortsverwaltung den Antrag, bis zum 31. Mai einen Extrabeitrag von 10 resp. 20 Pf. pro Woche zur Schaffung eines irdischen Kampffonds zu erheben. Von den Revolutoren wurden Kasse, Bücher und Belege in bester Ordnung besunden und Entlastung des Kassierers beantragt. In der Diskussion wurde von allen Rednern die geleistete Arbeit der Verwaltung und der Funktionäre anerkannt. Der Antrag auf Entlastung des Kassierers wurde einstimmig und der Antrag auf Erhebung eines Extrabeitrages gegen 2 Stimmen angenommen.

Bei den Neuwahlen zur Ortsverwaltung wurden an Stelle von zwei ausscheidenden Mitgliedern die Kollegen St. Herrmann und August Kopp neu hinzugewählt. In einem kurzen Schlußwort forderte Kollege Werner sodann die Kollegenschaft auf, daß heute gehörte zu beherzigen und alles daran zu setzen, um die uns noch fernstehenden für den Verband zu gewinnen. Es stärker wir dem geeinten Unternehmertum gegenüberstehen, desto eher wird es uns möglich sein, den Anstürmen der Unternehmer Trotz zu bieten.

Rundschau.

Uebernahme eines Betriebs durch die Gewerkschaften. Die A. B. bringt folgende interessante Meldung aus Spanien: „Beto“. Die Besitzer des Kohlenbergwerks von San Vincente bei Sama de Langreo (Oviedo) waren gegenüber ihren Arbeitern mit der Lohnzahlung zwei Monate im Rückstand. Nach dem Wortlaut eines zwischen der Gewerkschaft der Bergarbeiter und den Besitzern getroffenen Abkommens hat die Bergarbeitergewerkschaft den Besitzern 90 000 Pesetas geliehen unter der Bedingung, daß die Summe vollständig zur Bezahlung der rückständigen Löhne in monatlichen Raten bis zur restlosen Tilgung der Schulden verwendet werden sollte. Die Besitzer haben ihre Verpflichtungen nicht eingeleistet und aus diesem Grunde verurteilt die Gewerkschaft selbst die Ausbeutung des Bergwerks zu übernehmen. Um die ersten Ausgaben leisten zu können, verlangten die Gewerkschaften von der spanischen Regierung ein Darlehen von 150 000 Pesetas, das durch den Wert des Wertes selbst und durch die Kasse der Gewerkschaften, deren Vermögen 2 Millionen Pesetas beträgt, gewährleistet wird.

Dieser Vorstoß wurde von der Regierung angenommen und vom Minister ratifiziert. Die Gewerkschaft hat den Betrieb des Bergwerks übernommen und die spanischen Arbeiterorganisationen sehen dem Erfolg dieses Versuchs mit der größten Spannung entgegen.

Der Rückgang der Erwerbslosenziffer. Im Monat März scheint sich der Umhang in der Wirtschaftskrise vollzogen zu haben. Neben der Konjunktur bildet die Zahl der Erwerbslosen ein sicheres Barometer der Wirtschaftslage. Die Konjunktur war im März rückgängig. Die Arbeitslosigkeit ist an folgenden Ziffern zu ersehen. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen betrug:

Bollwerkstoffe in Proz. der Gewerkschaftsmittel	im Reich	Arbeitslosigkeit	Ausgang
1. Januar 1926	1 485 981	—	—
15. Januar 1926	1 762 805	22,6	22,6
1. Februar 1926	2 029 855	—	—
15. Februar 1926	2 058 853	21,9	21,6
1. März 1926	2 056 807	—	—
15. März 1926	2 017 461	—	—

Der Rückgang in der Erwerbslosenziffer in einem Monat wie März in derart geringem Umfange kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Krise nach wie vor eine schwere ist. Denn in diesem Monat saugt das Baugewerbe und die Landwirtschaft größere Arbeitermassen auf.

Eine wahre Goldgrube. Auf dem höchsten Gipfel der deutschen Börsepyramide thront einstmals ein Aktienpapier: das der Roddergrube. Der Kurs beträgt 326 Prozent, eine Tausendmark-Aktie der Roddergrube muß also mit 3260 M. bezahlt werden. Erst im letzten Abhandlung folgen die Vereinigten Glasstofffabriken mit 260 Proz., während kein anderes Papier über 200 Proz. notiert wird. Die Braunkohlen- und Brikettwerte Roddergrube M. G. in Brihl bei Köln legt jetzt ihre Bilanz für das letzte Geschäftsjahr vor. Daraus sind folgende Angaben zu entnehmen: Aus einem Reingehinn von 4 832 681 M. wird eine Dividende von 24 Proz. verteilt. Die Herren Aufsichtsratsmitglieder erhalten 197 368 M. (15 Mann, mithin erhält jeder durchschnittlich 13 000 M.) Der Beamtenunterstützungsfonds erhält 40 000 M. und dem Arbeiter-Unterstützungsfonds werden 100 000 M. überwiesen. Die Roddergrube gehört zum Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk, das, von Stinnes aufgebaut, jetzt ein rheinisch-westfälisches Kommunale beherrscht wird. Bei der Roddergrube wird klar bewiesen, daß aus einer Braunkohlengrube auch eine Goldgrube werden kann. Allerdings nicht für die Kumpels und die Angestellten, die diese Profite schaffen, sondern für die Aktionäre und Aufsichtsräte.

Abrechnungen.

Vom 6. bis 10. April ging die Abrechnung des 1. Quartals vom Gau Thüringen hier ein. Gleichzeitig kam der Restbetrag von 609,90 M. aus Bielefeld kamen als 3. Rate 400 M.

Berlin, den 10. April 1926. S. B o d a h L.

Für die Woche vom 18. bis 24. April ist die Beitragsmarke in das mit 16 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

STERBETAFEL.

Nach kurzer Krankheit verstarb am 5. 4. 1926 unsere liebe Kollegin und treues Mitglied

Kerstine Simm

im Alter von 89 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr die Mitgliedschaft der

Zahlstelle Bautzen.

Rechtswortlich für die Redaktion: A. Schultze, Charlottenburg, Westfälische Straße 18. Fernruf: Amt Westend 1828. — Verlag: G. Soboth, Charlottenburg. — Druck: Vornberg-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin E. 38.